

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Samstags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei reiner Zahlung im Voraus im Gross-Berlin 10,00 M. im Voraus jährlich, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. für Ostpreußen nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Verschieden bezogen für Preussisch-Land und Ostpreussen 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M., wozu noch Postzuschlag, per Brief für Deutschland und Ostpreussen 30,00 M.

Die achtspaltigen Anzeigenzeile oder deren Raum kostet 5.— M., einschließlich Druck- und Abdruck. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag an laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellenangebote 5,20 M. netto pro Zeile. Stellungsangebote in Werbeanzeigen: das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Anzeigen-Abteilung: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19. Fernsprecher: Amt Norden 833-14, Buchhandlung Zenitum 2045. „Freiheit“-Buchdruckerei Zenitum 1030.

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Bis jetzt 4 1/2 Millionen unabhängige Stimmen.

Nach den bisherigen Meldungen sind im ganzen Reich bisher 4 640 501 Stimmen für die U. S. P. D. abgegeben worden. Da in dieser Ziffer noch sehr viel ausstehende Teilergebnisse, vor allem aus ländlichen Bezirken, nicht enthalten sind, dürfte sich die Gesamtsumme noch wesentlich erhöhen. Von den bisher gezählten 21 584 000 Stimmen entfallen auf die

U. S. P. D. . . . .	4 640 501
Rechtssozialisten . . . . .	4 721 000
Deutsche Volkspartei . . . . .	3 178 000
Zentrum . . . . .	2 720 000
Deutschnationale Volkspartei . . . . .	2 673 000
Demokraten . . . . .	1 996 000
Bayerische Volkspartei . . . . .	794 287
Kommunisten . . . . .	398 272

## Bisher 77 Unabhängige Sozialdemokraten.

Nachdem jetzt die Resultate der Reichstagswahl bis auf zwei Kreise im wesentlichen feststehen, läßt sich ein Ueberblick über die Zahl der gewählten Unabhängigen Sozialdemokraten gewinnen. In den Wahlkreisen selbst wurden auf den ersten Stimmzettel 62 Mandate, durch die Listenverbindung in den Wahlkreisverbänden kommen weitere 8 Sitze hinzu, während auf der Reichsliste noch so viel Stimmen gesammelt werden, daß weitere 7 Mandate darauf entfallen. Insgesamt sind daher der U. S. P. D.

schon jetzt 77 Abgeordneten Sitze sicher, deren Zahl sich wahrscheinlich nach Eingang der endgültigen Resultate aus allen Kreisen um 3 bis 4 erhöhen wird. Nachstehend die Namen der schon jetzt gewählten Reichstagsabgeordneten unserer Partei:

Werscholt, Lore Agnes, Albrecht, Beckmann, Verhelde, Voß, Brandes, Praß, Breitscheid, Dreunig, Brühl, Bruschardt, Crispian, Däumig, Dismann, Dittmann, Bernhard Düvel, Eckardt, Eichhorn, Ernst, Fiehnner, Wolf G. d., Friedrich Geher, Dr. Kurt Geher, Gruschwitz, Henke, Dr. Paul Herz, Dr. Hergfeld, Adolf Hoffmann, Höllein, Horn, Jödel, Karlsten, Koenen, Köpke, Kuhnert, Ledebour, Lipinski, Löwenstein, Ludwig, Matzahn, Mehlhoff, Metzfel, Mittwoch, Dr. Moses, Anna Rehmig, Settinghaus, Pieper, Pleitner, Puchta, Raute, Reich, Remmelle, Rosemann, Dr. Kurt Rosenfeld, Ruff-L., Sauerbrech, Seeger, Seibel, Toni Sender, Simon, Schirmer, Schwarz, Seeb, Stöder, Teuber, Thomas, Unterleitner, Voglherr, Marie Wadwih, Frieda Wulf, Kathilde Wurm, Louise Ziek, Jubell.

Da Genosse Crispian und Genossin Rehmig doppelt gewählt wurden — Genosse Crispian in Berlin und Württemberg, Genossin Rehmig in Potsdam II und Mittelhessen — hängt es von ihrer Entscheidung ab, welche beiden Vorkandidaten für sie noch in die Pr. Listen eintreten.

Unter den Gewählten befinden sich 7 Frauen; die Genossinnen Agnes, Rehmig, Sender, Wulf, Wadwih, Wurm und Ziek. Die Mitglieder der Nationalparlamentarierfraktion der U. S. P. D. gehören bis auf zwei — Lautant und Gähler — der Reichstagsfraktion an.

## Der lebende Leichnam.

E. P. Vom Standpunkt des proletarischen Klassenkampfes aus ist es durchaus zu begrüßen, daß das Wahlergebnis gezeigt hat, wie weit die Klassencheidung gediehen ist. Der Vormarsch des Proletariats bis zur Erreichung seines Zieles kann nicht mehr aufgehalten werden. Der endgültige Sieg ist dem Proletariat sicher, wenn es den Willen dazu hat. Und daß der Wille dazu immer stärker wird, das ist das erfreuliche Ergebnis des Wahlkampfes.

Darüber hinaus zeigt sich wieder einmal mit erschreckender Deutlichkeit, wie faul und verrottet die deutsche Bourgeoisie ist. Die kapitalistische Wirtschaft ist durch die geschichtliche Notwendigkeit zum Untergang verurteilt, sie muß abgelöst werden durch eine höhere Ordnung, durch die sozialistische. An die Stelle der Klassenherrschaft der Bourgeoisie muß die Klassenlose Gesellschaft treten, die das Proletariat aufzurichten hat. Man kann in Schönheit sterben, „mit Weinlaub im Haar“, wie der Dichter sagt. Die deutsche Bourgeoisie verfinstert in einem Gefühl von Unrat; noch bevor ihr Kadaver in Verwesung übergeht, verpöft er mit widerwärtigem Gestank die Luft.

Man fragt sich nicht nur in den Kreisen klandestiner deutcher Politiker, wie es möglich sein kann, daß zwei Parteien von der Art der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei so große Stimmengahlen bei der Wahl auf sich vereinigen können. Noch viel mehr schreit man im bürgerlich-demokratischen Zustande den Kopf darüber. Man erinnere sich: die Deutschnationalen und die Deutschen Volkspartei sind genau dieselben Leute, die bis zum November 1918 das deutsche Volk beherrschten, die alle leitenden Stellen in der Regierung innehatten oder kontrollierten, die die Träger des Militarismus, der Bureaucratie, des Junkertums waren, also aller jener verruchten Einrichtungen, mit denen Deutschland jahrhundertlang gepeinigt worden ist. Dieselben Leute also, die die Hauptschuld am Kriege tragen und den politischen, militärischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch verursacht haben, unter deren Folgen das deutsche Volk jetzt zu leiden hat.

Könnte man es sich vorstellen, daß in England oder in Frankreich das Bürgertum, von den Arbeitern ganz zu schweigen, dieselben Parteien wieder mit seinem Vertrauen bedanken würde, die es in den Krieg geführt, den Zusammenbruch verursacht, kurzum die ganze Schande einer schandwürdigen Vergangenheit auf sich geladen haben?

Was man sich in anderen Ländern nicht vorstellen kann, das ist in Deutschland am 6. Juni zur Tatsache geworden. Die Angst vor dem Aufstieg und vor dem unausbleiblichen Siege der Arbeiterschaft war stärker als jede politische Einsicht. Das deutsche Bürgertum, statt sich mit der naturgemäßen und geschichtlichen Entwicklung in Würde abzufinden, zieht es vor, feige und verächtlich zugleich Selbstmord zu üben, indem es sich der schwächsten Reaktion in die Arme wirft.

Die Niederlage der Demokraten ist nicht allein dem Unstände geschuldet, daß sie sehr viele Wähler an die Rechtsparteien abgeben mußten. Es steht vielmehr fest, daß große Teile des liberalen Bürgertums überhaupt nicht zur Wahl gegangen sind und damit ihre Partei ihrem Schicksal überlassen haben. Teilweise Einsicht in den Gang der Ereignisse hat der Spießbürger überhaupt nicht; der deutsche Spießbürger, besonders wenn er sich liberal nennt, ist ein Bräutchen von bornierter Unfähigkeit und Kurzsichtigkeit.

Die Nachrichten über die Käuflichkeit rechtsstehender Politiker sind auch in das Bürgertum gedrungen; die Mitteilungen darüber, daß dieselben deutschnationalen Kreise, die über Schiebungen der Juden und Judenengenossen zehren, selbst in ungeheuerlichem Maßstab Kapitalverschiebungen nach dem Auslande betrieben haben, war auch dem demokratischen Bürgertum bekannt; wie es ja unzählige Male auch von der bürgerlichen Presse festgestellt worden ist, daß die Deutsche Volkspartei nichts anderes als eine von der Großindustrie betriebene Parteimaschine darstellt, ebenso wie die Deutschnationalen. Nicht eine Fiskale der Junter und Abolider Menschengattungen sind. Das tat alles nichts zur Sache: Der deutsche Bourgeois ist, auf seinen letzten Kriegs- und Revolutionsgewinnen stehend, überhaupt nicht zur Wahl gegangen oder er hat die deutschnationalen Reaktionäre oder die Männer vom Stinneskonzern gewählt.

Man vergleiche das deutsche etwa mit dem englischen Bürgertum. Die englische Bourgeoisie, die den stärksten Kapitalismus der Welt darstellt, weiß, daß ihre Lage gefährdet ist und daß sie sich nicht mit Zähnen und Klauen an die Vergangenheit anklammern darf. Klüger als

## Der Rücktritt der Regierung.

Wie mitgeteilt wird, wird die Regierung in allerhöchster Zeit zurücktreten. Sie wird damit ihr Versprechen erfüllen, sofort nach den Wahlen aus dem Amt zu scheiden. Der Reichspräsident wird voraussichtlich die bisherigen Kabinettsmitglieder mit der Weiterführung der Geschäfte betrauen, gleichzeitig aber mit den Parteien in Verhandlung treten, sobald das Wahlergebnis und die Lage sich einigermaßen übersehen lassen.

## Die Bürgerstimmwahlen in Bremen.

Sieg der U. S. P. D.

Eigener Drahtbericht der „Freiheit“.

Bremen, 8. Juni.

In Bremen fanden zusammen mit den Reichstagswahlen die Wahlen für die Bremer Bürgerstimmwahl statt. Es wurden insgesamt 86 200 sozialistische und 72 600 bürgerliche Stimmen abgegeben. Von den sozialistischen Parteien erhaschten die Unabhängigen 37 Sitze, die Rechtssozialisten 22, die Kommunisten 5 Sitze. Kommunisten und Rechtssozialisten haben einen starken Stimmenverlust zu beklagen. Die U. S. P. D. hat mit 49 774 Stimmen die Rechtssozialisten, die 29 181 Stimmen erzielten, um rund 20 000 Stimmen überflügelt.

## Die bayerischen Landtagswahlen.

München, 8. Juni.

Das vorläufige Endergebnis der bayerischen Landtagswahlen wird im Laufe des heutigen Tages erwartet. Nach den letzten Stimmengählungen stehen 1 356 184 Stimmen der bürgerlichen Parteien gegen 587 611 Stimmen der drei sozialistischen Parteien. Die bayerische Volkspartei steht weitläufig an der Spitze mit bisher 839 982 Stimmen.

## Die Polypenarme des Stinnes-Konzerns.

München, 8. Juni.

Die „Münch. N. N.“ bringen heute folgende Notiz: Da infolge entscheidender Änderungen in dem Anteilbesitz der Firma „Münchener Neueste Nachrichten“ ein Wandel in der politischen Haltung des Blattes bevorsteht, haben der bisherige Hauptredakteur und sein Stellvertreter, der Schriftleiter für die deutsche Politik bis zur endgültigen Regelung der künftigen Verhältnisse einen Urlaub angetreten.

Dieser Urlaub kann, wenn die Herren Charakter zeigen, nur ein dauernder sein. Der Stinneskonzern kann selbstverständlich keine charaktervollen Männer beschäftigen. Da ge-

nügen gewandte Schreiberfüßen, die die empfangenen Tips geschickt und demagogisch ausschlichten können.

## Verlust und Gewinn in Sachsen.

In Sachsen verloren die Rechtssozialisten bei den Wahlen 800 000 Stimmen, die Demokraten 500 000, die Deutsche Volkspartei gewann 300 000 Stimmen, die Unabhängigen 170 000, die Kommunisten 100 000 und die Deutschnationale Volkspartei 10 000.

## Die Verhandlungen mit Krasin.

Amsterdam, 8. Juni.

Wie aus London gemeldet wird, haben Lord Curzon, Bonar Law und andere Mitglieder der Regierung Krasin zum zweiten Male empfangen. Krasin gab auf Anfrage der englischen Minister bezüglich der Kriegsgefangenen und der bolschewistischen Propaganda Auskunft. Wahrscheinlich wird eine neue Zusammenkunft veranstaltet werden.

London, 7. Juni.

Unterhaus. In einer Besprechung über die Verhandlungen mit dem russischen Vertreter gab Lloyd George auf die an dem Vorgehen der Regierung geübte Kritik eine energische Antwort. Er betonte, die gegenwärtigen Verhandlungen seien das Ergebnis einer Anzahl von Beschlüssen der Kammern, an denen sowohl Clemenceau wie Millerand beteiligt waren. In San Remo seien die Alliierten einstimmig zu dem Beschlusse gelangt, daß es im Interesse der Welt von Wichtigkeit sei, daß die Handelsbeziehungen mit Rußland wieder aufgenommen würden. Er übernehme die volle Verantwortung für das eingeschlagene Verfahren. Die Regierung habe Beweise dafür, daß in Rußland Getreide vorrätig sei.

Lloyd George verlas ein Telegramm aus Polen, in dem mitgeteilt wird, daß allein in der Ukraine eine beträchtliche Menge Weizen zur Ausfuhr vorhanden sei.

## Die Stellung Amerikas.

New York, 8. Juni.

In amerikanischen Kreisen verfolgt man die Verhandlungen Krasins mit der englischen Regierung mit dem größten Interesse und hofft, daß sie zu einem Ergebnis führen werden, besonders mit Bezug auf die Weizenlage, die infolge des dauernden Steigens des Verbrauchs eine außerordentlich kritische ist. Wenn es gelingen sollte, durch ein günstiges Ergebnis der Verhandlungen den russischen Weizen wieder auf den Weltmarkt zu bringen, so würde die Lage außerordentlich gelindert werden.

die deutsche Bourgeoisie aber, versucht sie, durch Angehörige an die Arbeiterklasse den drohenden Untergang aufzuhalten. Sie nahm schon lange vor dem Kriege Arbeiterführer in die Regierung auf und fragte nicht danach, wie der deutsche Spießbürger, ob es sich um „Schneider“ oder „Schüler“ handelte. Während des Krieges waren ebensolche Arbeitervertreter in hervorragenden Regierungsstellen, freilich nicht in den entscheidenden, tätigen. Die englische Bourgeoisie tut dies alles nicht, um den revolutionären Kampf der Arbeiterklasse zu fördern, sondern um ihn zu lähmen. Aber immerhin, vom Standpunkt des Bürgertums aus offenbart sich darin eine gewisse Klugheit, die auch die Arbeiterklasse anerkennen muß. Wir wissen genau, daß der Kampf der Arbeiterklasse um ihre Befreiung vom wirtschaftlichen und politischen Joch durch solche Konzessionen nicht gefördert, sondern nur gehemmt wird. Die entscheidende Klassenstellung zwischen Bourgeoisie und Proletariat schafft erstere Arbeit.

Das deutsche Bürgertum hat von dieser politischen Klugheit nie etwas merken lassen. Die Angst vor der Arbeiterklasse ist größer als jede vernünftige Einsicht. Und darum ist die deutsche Bourgeoisie schon zum lebenden Leichnam geworden, bevor noch die Totenglocke der sozialen Revolution ihr endgültiges Sterben angekündigt hat.

Der große politische Irrtum der Reichssozialisten war, daß sie glaubten, durch ihre Teilnahme an der bürgerlichen Koalition den Befreiungskampf der Arbeiterklasse erleichtern und abkürzen zu können. Sie haben damit nur geholfen, daß die Reaktion sich gestärkt hat, daß die deutsche Bourgeoisie den Glauben wiederfinden konnte, daß sie die soziale Revolution aufhalten, ihre alten Besitzverhältnisse erneuern und für die Dauer festigen könnte. Der Bankrott dieser Politik, der sich schon in den Kapp-Tagen gezeigt hat, ist jetzt auch zahlenmäßig erwiesen worden. Die klare Scheidung zwischen der ihren Aufstieg schon vollziehenden Arbeiterklasse und der ihrem Untergang entgegengehenden Bourgeoisie ist jetzt gegeben. Wir wissen, daß unser keine Königsmonte, sondern Reiten schwersten und erbittertsten Kampfes harrten. Aber wir führen diesen Kampf, der durch die Koalitionspolitik gehemmt worden ist, in dem Bewußtsein, daß keine Macht der Welt die ökonomischen Verhältnisse zurückdrängen kann, sondern daß diese in ihrer Entwicklung mit natürlicher Gesetzmäßigkeit zu dem Punkte führen muß, wo das Proletariat die Macht erobert und den lebenden Leichnam dahin verscharrt wird, wohin er gehört: in die Vergangenheit, in das Grab der Geirtenen.

Dem Proletariat, das voller Leben ist und mit Millionen Kräfte auf der politischen Bühne steht, gehört die Zukunft!

## Das große Rätselraten.

In den Jubel oder die Klage über das Wahlergebnis setzt sich bereits hartnäckig die Frage nach dem, was nun werden soll. Und es ist nicht uninteressant, die tastenden Versuche zu konstatieren, die von allen bürgerlichen Parteien mit Einfluß der Reichssozialisten angestellt werden. Der „Vorwärts“ tut allerdings recht stolz und selbstbewußt. Er nennt es „eine etwas zu kurze Summation“, gemeinsam mit den Kapitalisten und Monarchisten der Deutschen Volkspartei zu regieren, und lehnt es ab, aus „vaterländischer Pflicht“ unter allen Umständen mitzuorganisieren. Der „Vorwärts“ erwartet, daß sich die Unabhängigen nun, da sie die Führung des sozialistischen Proletariats übernommen haben, in eindeutiger und verbindlicher Weise äußern. Was dazu zu sagen ist, ist bereits in dem Leitartikel in unserer heutigen Morgenausgabe gesagt. Das Bürgertum hat entschieden antisozialistisch gewählt. Es bleibt ihnen die Verantwortung für die Führung der politischen Geschäfte in Deutschland in den nächsten Wochen und Monaten.

Die Reichsparteien werden sich ihres Sieges nicht recht froh. Auch sie fühlen sich noch völlig unsicher. Sie appellieren an den gesunden Sinn des Bürgertums und möchten fehnlichst die Demokraten, die „Juden und Judengenossen“ von alstern, an ihre Seite bringen. Die „Deutsche Tages-

zeitung“ geht sogar soweit, den Reichssozialisten entgegenkommend die Arme zu öffnen. Sie schreibt:

Würde das Bürgertum seine Stunde erkennen, dann wäre freilich eine bürgerliche Mehrheit gegeben; die Hoffnung darauf erhebt aber aus dem angegebenen Grunde nicht sehr groß. Würde wiederum die Sozialdemokratie aus den demnächstigen Wahlerfolgen ihrer bisherigen Politik die rechte Lehre ziehen, dann läge die Möglichkeit vor, eine Regierung des Wiederaufbaues auf breiterer Grundlage zu bilden, die schließlich nicht streng parteilich gebunden zu sein braucht. Ueber diese Möglichkeiten des näheren zu sprechen, ist aber der Augenblick noch nicht gekommen. Was die Deutschnationalen anlangt, so dürfte noch wie vor für sie die doppelte Parole gegeben sein: Sie sind eine Partei der positiven Arbeit, aber für sie gilt zugleich das Wort: Wir kaufen niemand nach!

Was tut man nicht alles, um zur Regierung zu gelangen! Um diesen Preis stürzt man sich sogar kopflüher in die verbotene „Korruptionspolitik der Schieberrepublik“.

Die „Deutsche Zeitung“, die sonst den Mund nicht voll genug nehmen kann, schweigt sich über die Frage der Regierungsbildung völlig aus. Sie überläßt das offenbar den diplomatischen Kollegen von der „Tageszeitung“. Auch die schwerindustrielle „Post“ feiert unter der Marke „Das Strafgericht des Volkes“ die Selbstbestimmung und die Stärkung des Bürgertums. Im übrigen sind die Ausführungen dieses Blattes ganz im Tone des Kampfes gegen den Bolschewismus gehalten. Das Wahlergebnis beweise, daß das Bürgertum diese Gefahr endlich erkannt habe und wissen sei, den Kampf mit dem Bolschewismus anzutragen. Das Blatt versichert, daß die Reichsparteien an alles andere mehr denken, als an einen Kampf mit allen Mitteln brutaler Gewalt, und warnt die Unabhängigen, daß sie bei einer Gewaltpolitik sich nicht der geschlossenen Majorität des Bürgertums gegenüber befinden. Ueber die Neubildung der Regierung schweigt sich auch die „Post“ aus, sie konstatiert lediglich mit Genugtuung, daß die alte Regierung erledigt ist.

## Ein Schreckensurteil.

Nach einem Bericht der „Deutschen Tageszeitung“ derurteilte das Kriegsgericht in Eisen den Stadtverordneten Gustav Hammer wegen schweren Landfriedensbruchs und ekelhafter Erpressung zu sechs Jahren Zuchthaus. Er soll die Rekrutierung für die rote Armee organisiert, das Strohhaubt verfertigt und andere „Gewalttaten“ veranlassen haben. Wir wollen erst den Bericht aus Essen abwarten, bevor wir zu diesem außerordentlich hartem Urteil Stellung nehmen. Für heut aber sei schon soviel gesagt, daß die Kriegsgerichte im Ruhrgebiet ihre Schreckensarbeit ungehemmt fortsetzen. Raubrich fällt es ihnen dabei nicht ein, etwa auch die Leute zur Verantwortung zu ziehen, die den Kapp-Putsch organisierten, also die wirklichen Urheber allen Unheils waren.

## Ausstellung der Steuerkarten.

Die Vorschriften der §§ 45—52 des Einkommensteuergesetzes vom 29. März 1920 über die vorläufige Erhebung der Einkommensteuer durch Abzug vom Arbeitslohn sind mit Wirkung vom 2. Juni d. J. in Kraft getreten. Hiernach hat sich jeder Arbeitnehmer eine Steuerkarte ausstellen zu lassen und sie dem Arbeitgeber bei der Lohnzahlung zum Einleiten der Steuermarken vorzulegen. Die Ausstellung der Steuerkarten erfolgt in Berlin durch die städtischen Steuerämter, welche die Ausfertigungstellen bis zum 30. Juni d. J. von morgens 8 bis abends 6 Uhr geöffnet halten werden. Die Ausstellung der Steuerkarten kann von der Gemeindebehörde auf Antrag auch den Arbeitgebern überlassen werden. Um den Arbeitnehmern zeitraubende Wege zur Ausstellungsstelle zu ersparen, wird daher den Arbeitgebern empfohlen, die Ausstellung der Steuerkarten für ihr Personal nach Möglichkeit selbst zu bewirken. In diesem Falle aber ist zur Vermeidung von Doppelausfertigungen den Arbeitnehmern bekannt zu geben, daß sich eine besondere Beschaffung der Steuerkarten durch sie selbst erübrigt. Berliner Betriebe mit zahlreichem Personal können Steuerkarten in größeren Mengen von der Hauptausgabestelle im Stadthaus — Eingang Parochialstraße — Erdgeschoss, Nummer 64, während der Dienststunden von 8—3 Uhr abholen lassen. Arbeitnehmern, welche das viertechnische Lebensjahr noch nicht vollendet haben, sind Steuerkarten nicht auszustellen.

Bauschel — müssen wohl noch darbluten und den Boden rüben, ehe auch nur einen ihrer Wäber solche Strafe trifft?

## Zivilisten.

Im „Mittler von Palamea“ kummet sich ein miltärdeutscher Bauer nicht um die Militärgerichtsbarkeit und erwägt den Schrecken von Offizier. (Daß dieser Bauer glaubt, die „Ehre“ der Tochter würde wieder hergestellt, wenn der Vergewaltiger das Mädchen heiratet, sieht auf einem andern Blatt.)

Im Theater jubeln sie über diesen Bauern, der einen Hauptmann erwidert, aber im Leben suchen sie vor jedem Wäber in Uniform und drücken hämische Wassen über den ermordeten Poache, beschimpfen ihn „Hoselohr“ und erwidern soll den Eindruck, als wollten sie sagen: was liegt daran!

Unter dem Strich: Vogelsternung für die Militärgerichtsbarkeit. Heber dem Strich: Stillschweigen. Kein Wort für Bauschel. Neben müssen sie aber, daß die Militärbehörden ähnlich erklären, die Zivilbehörden hätten Soldaten angefordert, um gegen Bauschel vorzugehen. Die Soldaten aber haben ihren Reichspräsidenten und nehmen nun die Nähe einer Todesurteilsunterstützung. Ein „sozialistischer“ Minister sprach groblich, entschuldigend, in Deutschland läßt heute die Angst los im Land. Die Soldaten beweisen es ihm. Wir haben einen Buchdruck: „Aneinanderarbeiten aller Kräfte“.

Die Soldaten werden. Aber die Zivilisten sind Schulf, daß die Angela los im Lande sitzen, die Zivilisten hatten im Parlament Gelegenheit, die Sabotage des Herrn von Graese gegen die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit zu hinterziehen, aber die Zivilisten begnügen sich, den „Mittler von Palamea“ zu belächeln. Die Zivilisten verweigern die Herausgabe eines Berichtes über Poaches Ermordung, erzählen ersthaft, man hätte einen „erschlagenen Kriminalisten“ auf Poaches Gut geschickt. Ist es ein gemeiner Witz, ist es Unfähigkeit? Handelt es sich um einen Film? Gebt ihr Ferdinand Bonn engagiert?

Haßbesehle waren auszufertigen. Ein Mann ist erwidert. Ihr aber an die Anklage, verschlingt, verschleiert, verweigert, stellt euch. Ich möchte die Wirtschaft erlösen, wenn ein General erschossen würde!

Ihr läßt euch von Militärs verurteilen. Wenn ihr es merkt, schämt ihr euch nicht. Wenn ihr es nicht merkt, seid ihr dumm!

## Die Vorbereitungen für Spa.

Rotterdam, 7. Juni.

Laut „Daily Chronicle“ werden die Ministerpräsidenten von England, Frankreich, Belgien und Italien an einer Brüsseler Besprechung teilnehmen, welche der Konferenz in Spa vorausgehen soll.

## Eisenbahnerausstand in Braunschweig.

Braunschweig, 8. Juni.

Die Beamten und Arbeiter der braunschweigischen Landes-eisenbahnen, umfassend die Linien Braunschweig—See-ten und Braunschweig—Hallerleben, sowie der Braunschweig—Schöningen—Osterleben Eisenbahn sind heute in den Ausstand getreten. Sie fordern die Reichsbefehle. Der Zugverkehr ist eingestellt. Es werden nur Mühlzüge gefahren.

## Englische Pressestimmen zu den Reichstagswahlen.

T. U. London, 8. Juni.

„Daily News“ schreiben: Wenn das endgültige Ergebnis des Reichstagswahlen den vorläufigen Eindruck vom Zusammenbruch der Mittelparteien bestätigen sollte, dürfte die nächste Zukunft Deutschlands sich dunkler denn je gestalten. Die kommenden Zeiten dürften gefährlich ein größeres sozialdemokratisches Genie fordern, als irgendeine Partei augenblicklich in ihren Reihen aufzuzählen hat. Aber selbst ein solches Genie wäre den verhältnismäßig geringen Nutzen, wenn die Politik der Alliierten die gleiche sieht wie seit 18 Monaten, nämlich auf den Zerfall Deutschlands hinarbeitet.

„Daily Telegraph“ meint, daß eine andere Koalition gebildet werden müßte, da keine Gruppe über eine ausschlaggebende Mehrheit verfügt.

## Der englische Feldzug gegen Irland.

London, 7. Juni.

Unterhaus. Lloyd George sagte in Erwiderung auf eine Anfrage über die Lage in Irland, es werde vielleicht nötig sein, die gesetzlichen Strafbestimmungen gegen Verbrecher zu verschärfen. Die Regierung beabsichtigt, den gegenwärtigen Feldzug des Verbrechens und Mordens zu unterbrechen.

## Die irischen Gemeinderatswahlen.

Rotterdam, 7. Juni.

„Observer“ zufolge sind die Gemeinderatswahlen in Irland so gut wie beendet; sie haben außer in Kordoff-Witter und der Grafschaft Londonderry einen überwältigenden Erfolg der Sinnfeiner gebracht. Nach einer Londoner Meldung sind zwei Torpedojäger mit 300 Seefahrern von Queenstown nach der Westküste Irlands abgegangen.

## Unruhen in Grog.

Wegen der hohen Obst- und Gemüsepreise kam es gestern nachmittag in Grog zu Zusammenstößen. Im Zentrum der Stadt versammelten sich mehrere Tausende Männer und Frauen, die gegen die Lebensmittelgeschäfte gewalttätig vorzugehen wollten. Die Polizei ging mit blanker Waffe vor; dabei wurden eine Person schwer und drei leicht verletzt. Als sich gegen Abend die Kundgebungen wiederholten, wurde der Befehl zum Schießen gegeben. Sechs Tote und 15 Schwerverwundete waren zu beklagen. In Karlsbad (Böhmen) ist die Bevölkerung seit sieben Wochen ohne Brot und seit fünf Wochen ohne Mehl. Es ist diesfalls ein verhängnisvoller Generalstreik proklamiert worden.

Die Gemeinderatswahlen im Saargebiet finden am 11. Juli statt.

Beendigung des ober-schlesischen Militärstreiks. Der „Ober-schlesischen Zeitung“ zufolge nehmen die ober-schlesischen Gerichte am Montag ihre Tätigkeit wieder auf.

Der neue amerikanische Außenminister, Präsident Wilson hat den Unterstaatssekretär des Schatzamtes und Finanzdeparterien der Vereinigten Staaten auf der Friedenskonferenz Davis als Nachfolger Sells zum Unterstaatssekretär im Ministerium des Weibens ernannt.

## Ruhmestafel.

Man hat im vergangenen Jahrhundert alle Dokumente gesammelt, welche von den „großen Taten“ des deutschen Volkes berichten. Die „großen Taten“ eines Volkes sind immer die Kämpfe, die Schlachten und Kordzüge seiner Herren, die sich entweder gegen ein benachbartes oder das eigene Volk richten. Dies Sammelwerk wurde bombastisch: „Monumenta Germaniae historica“ getauft, es ist die „Ruhmestafel“ aller Verbrechen, Schandtaten, Kriege und barbarischer Gesetze, welche die Fürsten im Namen Gottes auf Kosten des Volkes — zur Stärkung der eigenen Macht — verbrochen haben. Die junge Republik mag sich auf ihren Ruhm besinnen und ihre Verträge zum Werke steuern. Ihre Dokumente werden nichts als schändliche Prozeßakten, schauerhafte Nordberichte darstellen; man wird als Motto über diese Sammlung setzen: „Muth und Ordnung“, „Freiheit, Friede, Brot“. Die Todesurteilsunterstützen des West werden nicht fehlen.

Man kann heute einen Sozialisten, einen Kommunisten, einen unabhängigen Sozialdemokraten ruhig tödlich schlagen. Massenhaft laufen die Wäber frei und ungekräft herum. Die Gerichte halten sich an andere Maßstäbe und lassen sie die ganze Strecke der alten Justiz laufen. Wer für die Republik kämpft, ist von Helfern bedacht. Und wer ihren davongelaufenen Monarchen nicht Art, der sie nach immer blind liebend im Herzen oder im Anspöck fragen, der ist bogelfrei. Wir haben es erlebt, wie die Nationalisten in unabhängigen Wahlversammlungen toll aufschäumten, wenn über Wilhelm und sein Gaus die Wahrheit gesagt wurde. So auch jüngst in Bonn, der Schlemmer der republikanischen Vorleser. Da sagte schämig der Führer aus dem Gerüst der bereits wieder weißgewaschene Kopf Wilhelms I., dessen Denkmal unlängst ein paar junge Deutschen rot angestrichen hatten. Ein dummes Streich, aber solange eben diese Standsbilder die Republik politisch und literarisch verunglimpfen, harmloser und zauselnder als die klügsten Gewalttaten der Monarchisten gegen lebende Republikaner. Zwei Jahre Gefängnis erhielt jeder der jungen Leute, wobei die Herren Richter noch mehr an Majestätsbeleidigung als an Ungehörigkeit und Schandthaten dachten. Zwei Jahre Gefängnis für Anfechtung des kaiserlichen Symbols der Monarchie! Welche Profanen und Schandgelehrten — denkt an

Aber ihr lebt eure Soldaten. Denn als euch die Antikeschlachten, weil die „rote Armee“ nur noch 300 Kilometer von der Ostgrenze entfernt steht, waget ihr die lächerliche Behauptung, daß die Bolschewiki Angst vor eurer Exekutionen hätten und deshalb nie einen Angriff auf euer Land machen würden. Nun — diese Organisation hat sich als „Weiße Garde“ im einunddreißigjährigen Bürgerkrieg glänzend bewährt und ihr habt schon Genuß, zutrieben zu sein. Sie hat euch in der Welt einen Ruf verschafft, um den euch alle Cortez, Albas, Coburgs beneiden könnten. Ihr seid dankbare Leute. Hält auf die Antike vor euren Soldaten, es wird schon einen Grund geben, weshalb ihr keine Unterjochung energisch beireibt. Ihre Schreiber jubeln über jedes Crespo (der zwar kein Kopf, aber ein Obermann ist). Aber ihr werdet schon keine Korbentäufel in Reichshäuser für Offiziere umwandeln, ihr werdet das Verfallgebäude nie seiner ursprünglichen Bestimmung zurückgeben und eine Zrenantalt in ihm einrichten, ihr werdet so nicht einmal so viel Schamgefühl, um die Siegesallee und alle Teile anderer schauerhaften Monumente jener schändlichen kaiserlichen Zeit zu befestigen. Ihr verachtet vielleicht bald wieder einmal die militärischen Abzeichen, erbeutet händelnd von der Entente eine alte Haubtke gegen einen Demonstrationstag der Reichsbehörden und laßt nach Soldaten, um in Reichhären Schleichungen zu veranlassen. Strengt eure Lungen nicht an. Die Soldaten kommen schon ungerufen. Ihr aber...

Acht Rechen.

## Lederarbeiter.

Flußhuf legt das weiße Bandhaus des Fabrikbesizers. Alle Klagen bekreuzen es mit würgigem Ruch. Gefüllte Kinder spielen Tennis auf grünem Rasen. Ein Witz schreit. Sunt Schiller's im Tisch. Flußhuf legt die graue Fabrik. Die Gerberst. Ein gelbbrauner Niesensmager hebt sich aus dem dumpfen Raumwerk. Die Esse. Sie broht. Sie broht allen denen, die täglich mit widerstrebenden Schritten zur Fabrikarbeit gehen. Die Gerberst ist blind. Ihre Schellen sind verschimmelt. Infa und haubtgerig. Nichts sieht die Arbeit von...

# Militarismus und Gegenrevolution.

Die reaktionären Parteien bilden im alten Parlament eine verhängnisvolle Minderheit. Trotzdem übten sie auf die Politik der Regierung einen so starken Druck aus, daß fast ausschließlich ein reaktionärer Kurs gesteuert wurde. Wie kam es, daß die Reaktion, obwohl zahlenmäßig eine verschwindende Minderheit, den überwiegenden Einfluß auf die Gestaltung der Politik ausüben konnte? Weil sie die bewaffnete Macht hinter sich hatte, und diese Befehlsgewalt verleiht die tatsächliche Stärke der rechtsstehenden Parteien, machte die Regierung zur Befriedigung der Reaktion. Es ist selbstverständlich, daß der Ausgang der Reichstagswahlen auch den Militarismus zu neuen Kämpfen anspornen wird. Die Wehrmacht hat jetzt durch das Wachstum der rechtsstehenden Parteien eine tragfähigere Stütze gewonnen, als es die bisherigen Regierungsparteien waren, auf deren Willkür die Militärs ja ohnehin nicht viel Gewicht legten. Aber sie waren gezwungen, ihrem preussischen Offiziersgeist gewisse Bügel anzulegen, und diese Rücksichtnahme werden sie jetzt endgültig fallen lassen, da sie für ihr Vorgehen eine breitere Deutung gefunden haben. Die gegenrevolutionäre Gefahr hat sich damit wesentlich erhöht. Unsere Pflicht ist es daher, den militärischen Vorgängen eine gezielte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Wir dürfen uns von den Ereignissen nicht überrumpeln lassen und müssen mit klarem Auge erkennen, daß nach dem Mißlingen des Kapp-Putsch geradezu sicherhaft am Ausbau der gegenrevolutionären Organisation gearbeitet wurde, und daß diese Arbeiten nach Abschluß der Wahl erst recht beschleunigt werden.

Eine Rücksicht auf die organisatorischen Vorarbeiten zum Kapp-Putsch ist lehrreich, weil dieselben Kreise, die jenes Verbrechen verübten, auch heute die Hauptträger der gegenrevolutionären Propaganda sind und ein neues, engmaschiges Verdecktwerk über ganz Deutschland gezogen haben. In der letzten Nummer des „Sozialist“ weist Genosse Emil Rabold nach, daß die organisatorische Zusammenfassung aller konterrevolutionären Kräfte schon seit Juli 1919 planmäßig betrieben wurde. Die Stelle, wo alle Fäden zusammenliefen, von der aus die Direktiven für das ganze Reich gegeben wurden, war die Nationale Vereinigung mit Hauptmann Pabst und Oberst Bauer an der Spitze und General Ludendorff als spiritus rector im Hintergrund. In allen Orten Deutschlands waren sogenannte Vertrauenskommissionen eingesetzt, die nach festumrissenen Richtlinien die Vorbereitungen für den Unsturz trafen. In einem im November 1919 an die Vertrauenskommissionen gerichteten, von Hauptmann Pabst geleiteten Geheimbrief erfahren wir, wie der Angriff auf die Republik ganz systematisch inszeniert wurde. Es heißt da: „Nach einem Jahre erfolgreicher Arbeit ist der Augenblick für die planmäßige Vorbereitung der Offensive gekommen, die, wenn sie Erfolg haben soll, in breiter Front unter einheitlicher Führung durchgeführt werden muß. Das ist Sinn, Ziel und Zweck der Nationalen Vereinigung, und daraus ergeben sich als Einzelpunkte:

1. Heranziehen, Zusammenfassen und Stärken aller im Kreise vorhandener nationaler Bestrebungen und der beiden Rechtsparteien, geeignete Teile des Zentrum und der Demokraten, die nationale Studentenchaft, die nationale Arbeiter- und Kaufmannschaft, Kriegervereine, die sonst vorhandenen militärischen Vereine, nationale Offiziere, Beamten- und Bürger-Organisationen, die Geistlichkeit, die Lehrerschaft, alle Frauen-Organisationen usw.). Hierdurch soll auch nicht ein Mann der Organisation, der er sonst angehört, entfremdet werden. Vielmehr sollen auch Nichtorganisierter in irgendeiner der schon bestehenden Organisationen hineingeführt bzw. wenn sie das nicht wollen, unorganisiert zur Mitarbeit veranlaßt werden. In allen großen nationalen Fragen müssen diese Organisationen nach gemeinsamen Richtlinien handeln, welche die Zentralleitung übermittelt, z. B. in der Gefangenensfrage, in der Auslieferungsforderung, in der Wahl des Reichspräsidenten, bei

keiner Sonst. Der lustige Blauwind umgibt sie. Er fächelt, sich im schwarzen Effeaquell zu beschämen.

Die Lederjacke knist. Wie ein ungeheures Ras haucht sie die Ödungsgeißel lauender Felle in den Klang des Maltags.

Wasse Mädchen in der Sapprel. Männer mit graufälligen Wangen in den Weizräumen. Dunkle Feigz. Cel'ge Raschleiten.

Morgen werden alle Leberarbeiter brotlos sein. Die Fabrik wirft keine 60 Proz. mehr aus. Dann kommt die bitterste Erwerbslosennummerierung.

Flugaus aber wird man am weißen Landhaus weiterhin auf grünem Rasen Tennis spielen. Was Dortu.

Die Antiktheater Volkstheater in Paris. Der Berliner Erwerbepalast, der bekanntlich zur Weltausstellung von 1878 in orientalischem Stil errichtet wurde, hat eine neue Fassade, die dem antiken Theater umgewandelt werden. Um für dieses neue Theater ein Stück subventionierten Theaters die erforderlichen Mittel zu beschaffen, hat der Kunstauschuss der Deputiertenkammer einen Kredit von 100.000 Franc bewilligt. Um den Theaterbetrieb den Wunderschönen zugänglich zu machen, werden die Eintrittspreise zwischen 1 bis 5 Franc schwanken. Trotzdem hofft man beträchtliche Einnahmen zu erzielen, da der Saal des Erwerbepalastes nicht weniger als 6000 Zuschauer faßt.

In der Volkstheater sind bei der Aufführung am Sonnabend, den 12. Juni, 7 Uhr, in Wolf Glatthorners „Eine Landpartie“ als Solisten: Herr Ober, Frau von Gruyer und in Johann R. Kropp's Gewandte Geschichte Eugen Eisenlohr, Ida Elisabeth, Marianna Brenti, Julius Koch, Guido Herzfeld, Ernst Seibel u. a. m. beteiligt.

Im Neuen Volkstheater, Adenauer Straße 68, wird am Sonnabend zum ersten Male „Die drei Zwillinge“ gegeben.

Im Großen Schauspielhaus ist am Freitag dieser Woche die Aufführung von „Asiatische“ in der Bearbeitung von Leo Gellner, Regie Max Reinhardt. Die Vorstellung eröffnet im Abonnement erstmalig am Donnerstag nächster Woche. Beim Choralenspieler im Schauspielhaus von Leo Gellner „Strahlwiese“, das am 1. Juni d. N. seinen Anfang nimmt, werden der Komor Carl Wiel vom Frankfurter Opernhaus und Frau Schütz mitwirken.

Am Freitag, den 12. d. M., wird der Aufführung des dreifachen Lustspiels „Das Glas der Jungfrau“. Die weibliche

Wahlen usw. Haben die Kreise keine nationale Parteikonferenz, so können Wünsche auf parlamentarische Maßnahmen (keine Anfragen usw.) an die Zentralkommission gerichtet werden, welche sie einer der nationalen Parteien zum Vorbringen in der Nationalversammlung usw. zustellen wird.

Dieses Kundschreiben erbringt den Nachweis, daß die rechtsstehenden Parteien geschlossen hinter der gegenrevolutionären Organisation des Hauptmann Pabst standen und daß auch Demokraten und Zentrumleute zur Mitarbeit herangezogen wurden. Die nichtswürdige Heuchelei der Hilgerlichen, vor allem aber der rechtsstehenden Parteien, die es nach Mißlingen des Kappunternehmens so hinzustellen versuchten, als seien sie von der ganzen Sache überrastet worden, wird damit ins rechte Licht gerückt.

## Große Kommunalwähler-Versammlung

Heute abends 7 Uhr bei Graumann, Nannynstr. 27

Tagesordnung: Der neuen Kämpfen!

Referentin: Frau Dr. Weyl.

Aber auch die Einwohnerwehren beschwerten, als sie nach dem 13. März den Unschuldigen zwielten. Denn schon im Dezember 1919 schrieb Hauptmann Pabst vertraulich an die Leiter der Ausschüsse:

Die Leiter der Vertrauenskommissionen in den Provinzen und den Kreisen werden darauf hingewiesen, daß es von entscheidender Bedeutung ist, neben den Leitern der nationalen politischen Presse unter allen Umständen die Leiter der Einwohnerwehren in Provinz und Kreis bzw. wenn diese nicht geeignet sind, andere maßgebende Angehörige der betreffenden Einwohnerwehren in ihren Ausschüssen aufzunehmen.

Hauptmann Pabst brauchte um die Gunst der Einwohnerwehren nicht besonders zu werben. Er rief, und alle, alle kamen. Am 13. März standen sie, ebenso wie die gesamte Wehrmacht, auf dem Boden der „neuen“ Regierung. Sie rührten für die rechtmäßige Regierung, der sie verpflichtet waren, keinen Finger, die Regierung war ohne jeden Schuß, und erst als die Einheitsfront gegen links wiederhergestellt war, treten sie, gerade als sei nichts geschehen, zusammen mit der Wehrmacht, wieder auf den Boden der Verfassung.

Täuschen wir uns nicht! Das zohlenmäßige Anwachsen der Reaktion bei den Wahlen hat auch den Militarismus ungemein gestärkt. Er wird fühner und herausfordernder auftreten denn je zuvor, er wird seine Masken fallen lassen und sich, gleichwie in welcher Gestalt, ganz offen als das entropfen, was er schon immer war: Die Avantgarde der Reaktion im kaiserlichen Deutschland, der Stoßtrupp der Konterrevolution in der Republik.

## Tschischerius Antwort an den Völkerbund.

Keine Völkerbund-Delegation nach Rußland.

Der Völkerbundkommissioner für auswärtige Angelegenheiten hat folgendes Radio an den Generalsekretär des Völkerbundes, Emil Drummond, geschickt:

Die russische Sowjetregierung hat Ihre Radio von heute aufmerksam geprüft und ist über den absolut soldatischen Charakter erhornt, den Sie dem Völkerbund zuschreiben, in Erwägung, daß die Delegierten der verschiedenen, den Völkerbund bildenden Staaten nicht diese, sondern allen den Völkerbund selbst repräsentieren. Um so mehr ist es zu bedauern, daß der Völkerbund, dessen Ziel angeblich die Erreichung des Friedens und der Gerechtigkeit ist, einem seiner Mitglieder, nämlich Polen, volle Freiheit läßt, durch seinen Angriff gegen Rußland und die Ukraine den Frieden zu stören und durch seinen Versuch, die Ukraine zu einem unterdrückten Völkervolk zu machen, die Gerechtigkeit zu verletzen. Die Sowjetregierung kann die Haltung der anderen Mitglieder des Völkerbundes nicht mit Stillschweigen übergehen, die Polen durch Sendungen von Kriegsmaterial unterstützen und den Weihen Gordon Stawels in der Krim gleichgültig direkte Unterstützung gewähren. Die elementarsten Forderungen der Sicherheit der Republik machen es der Sowjetregierung unter diesen Umständen unmöglich, zu einem anderen Entschluß zu kommen als zu dem, der dem Völkerbund am 7. d. M. mitgeteilt worden ist. Es wird auf diesem Standpunkt solange beharren müssen, bis die militärische Situation, die durch die polnische Offensiv geschaffen worden ist, sich in genügendem Maße geändert haben wird, damit die Erwägungen der Sicherheit, die sich jetzt der Regierung aufdrängen, ihren vorhergehenden Charakter verlieren.

## Debs Freilassung bevorstehend?

Die „Daily Herald“ erzählt, ist der bekannte Sozialist, Führer Richard O'Hara, der wegen des gleichen Deliktes wie Eugene Debs eine längere Freiheitsstrafe zu verbüßen hatte, durch den amerikanischen Präsidenten begnadigt worden. Man nimmt deshalb allgemein an, daß auch Debs in nächster Zeit freigelassen werden wird.

Debs, der bedeutendste Arbeiterführer Amerikas, ist Kandidat bei den Präsidentschaftswahlen. Die amerikanische Arbeiterchaft streift schon seit längerer Zeit eine lebhaftige Propaganda für seine Freilassung.

## Nach dem französischen Streik.

Die französische Regierung geht gegen alle Arbeiter, die sich am Streik beteiligt haben, mit den stärksten Mitteln vor. Wegen der wichtigsten Vergehen werden Verhaftungen vorgenommen; Neben, Hustrule, das Aufheben von Betrieben, Verstellen von Flugblätter - all das ist strafbar. In den Gefängnissen werden die Verhafteten nicht als politische Gefangene, sondern als gemeine Verbrecher betrachtet. Eine Anzahl von politischen Gefangenen, die im Gefängnis de La Santé untergebracht sind, haben sich mit ihren Kameraden solidarisch erklärt. Sie fordern in einem offenen Brief an den Justizminister, daß allen Arbeitern, die während des Streiks festgenommen worden sind, die Vergünstigungen der politischen Gefangenen gewährt werden.

Sie wollen ihre Forderung mit allen Mitteln zur Verfügung haben den Mittel unterstützen, andernfalls in den Hungerstreik treten.

Unsere französischen Genossen werden sich durch ihren Mißerfolg und die Gewalttaten der Regierung weder einschüchtern noch entmutigen lassen. Das Vorgehen der französischen Regierung wird den Prozeß der Abkehr vom Nationalismus und der Wiederaufnahme des proletarischen Klassenkampfes unter der französischen Arbeiterchaft mehr fördern und kräftigen, als alle Reden und Artikel der sozialistischen Propaganda.

## Die Polen und die Konsumgenossenschaften in Weizrußland.

Über das Benehmen der Polen in den angeblich „befreiten“ Gebieten Weizrußlands berichtet ein russischer Konsumgenossenschaftler folgendes:

Seit dem Einmarsch der Polen in Weizrußland hat die Konsumgenossenschaftsbewegung sehr schwere Zeiten erlebt. Der Belsojus (Zentralverband der Konsumgenossenschaften Weizrußlands) wurde den sowjetischen Verwaltungs- und Wirtschaftsausschüssen verboten. Die Polen verboten dem Belsojus, sich während der Arbeit der russischen Sprache zu bedienen. In Versammlungen darf man nur polnisch oder weißrussisch sprechen, aber mit der Bedingung, daß alles ins Polnische übersetzt wird. Die Instruktion der Verwaltung des Verbandes ist von der polnischen Regierung so gut wie abgeschafft, da sie erstens eine „Säuberung“ derselben von Russen und Juden gefordert hat und außer Polen nur die Weizrußen angestrichelt erlaubt, die die polnische Sprache beherrschen. Außerdem wird durch Verweigerung von Passierscheinen den Instruktionen die Möglichkeit geraubt, die Bezirke zu besuchen. — Die Zeitungs-, die vom Verbands herausgegeben wurde, ist verboten. Konferenzen des Verbandes werden nicht gestattet.

Ganz anders verhält sich zwar die polnische Regierung gegenüber den nutzlosen polnischen Konsumgenossenschaften, die von polnischen Großgrundbesitzern und Priestern organisiert und geleitet werden. Diese nationalitätlich-kerischen Organisationen, deren Hauptzweck revolutionäre Propaganda ist, werden vom Staat mit allen Mitteln unterstützt.

So ist es wohl kein Wunder, daß die Bevölkerung Weizrußlands, wie sie sich auch in den Volkswahlen zeigen mag, mit Sehnsucht den Tag erwartet, an welchem die roten Truppen der Herrschaft der polnischen „Bekehrer“ ein Ende sehen.

## Wahlkreis 4 Potsdam I-Medebarnim.

Stralsburg: U. S. P. Stadt 1465, Land 1651, R. P. D. Stadt 20, Land 4, Sozialdemokratische Partei Stadt 188, Land 75, Demokratische Partei Stadt 100, Land 78, Zentrum Stadt 5, Land 7, Deutsche Volkspartei Stadt 638, Land 605, Deutschnationale Volkspartei Stadt 500, Land 1103.

Breslau: U. S. P. 2215, R. P. D. 191, Sozialdemokratische Partei 923, Demokratische Partei 798, Zentrum 67, Deutsche Volkspartei 8132, Deutschnationale Volkspartei 2442.

Die Reichstagskonferenz wird am Freitag, den 11. Juni 1920, demittags pünktlich 10 Uhr im Plenarsaal des Reichstages eröffnet. Die Verhandlungen der Konferenz dauern bis zum Sonnabend, den 12. Juni.

Ungarisch-deutsche Verhandlungen. In vergangener Woche haben in Berlin Verhandlungen mit Vertretern der ungarischen Regierung über die Grundlagen des gegenseitigen Wirtschaftsverkehrs stattgefunden. Zwischen den beiderseitigen Delegierten ist eine Einigung erzielt worden.

Eine spanische Republik. Tschischerius solidarisiert der Regierung von Berne mit ihren Anerkennung durch die Räteregierung und die Bereitschaft, mit ihr in Beziehungen zu treten. Die spanische Republik ist ein Vorkurs und umfaßt alle Gebiete östlich des Baltisches bis Kamtschatka.

Das Frankreich gibt den Getreidehandel nicht frei. Die französische Regierung hat in der Kammer einen Antrag über die Getreide- und Brotverfertigung eingebracht, in dem gesagt wird, daß die gegenwärtige Wirtschaftslage die Freigabe des Getreidehandels noch nicht erlaubt.

Aufhebung der amerikanischen Kriegsmassnahmen. Nach einer Genabmeldung aus Washington hat der Senat die Entscheidung des Kongresspräsidenten, die die Kriegsmassnahmen aufhebt, angenommen.

Die niederländischen Gewerkschaften haben für den 8. Juni zum Zeichen des Protestes gegen das in der Kammer eingebrachte Gesetz gegen verbotene Wochenarbeiten einen 24 stündigen Proteststreik für Amsterdam, Rotterdam und Haag angesetzt.

Der portugiesische Ministerpräsident Bettina ist am Sonntag in Lissabon gestorben.

## Eingegangene Druckschriften.

Deutscher Reichs-Almanach für das Jahr 1920. Des Deutschen Reichs-Almanach zweiter Band. Hoffmann u. Campe, Verlag Hamburg-Berlin. Herausgegeben von Ernst Dahn.

Ueber proletarische Ethik. Des proletarische Ethik vom Standpunkt der realistischen Philosophie. Aus dem Russischen Internationaler Verlag, Jhrich 1920.

Wagnus Schwantje: Friedensgedenken. Poesische Aufsätze. Verlag Neues Vaterland, G. Berger u. Co., Berlin W. 62. Preis 2 M. 75 S.

Obwohl Verarbeit. Die Wahrheit über die Einwirkung Deutschlands. 1. bis 3. Teil. Verlag Neues Vaterland, G. Berger u. Co., Berlin W. 62.

Karl Kautsky. Delirium und Wilhelm II. Ein Nachwort zu meinem Kriegsbuch. Verlag Neues Vaterland, G. Berger u. Co., Berlin W. 62.

Alfred Dorn. Sozialisierung und Wiederaufbau. Verlag Neues Vaterland, G. Berger u. Co., Berlin W. 62. Preis 7.50 M.

Konrad Adenauer. Herausgegeben vom Verein zur Abwehr des Antisemitismus. Berlin 1920.

Georg Hümann: Arbeiter und Arbeiterpartei. Ein Vorkurs für zukünftige Wahlen. Verlag Hans Robert Engelmann, Berlin W. 10. 1920.

Ferdinand Lassalle: Die Wissenschaft und die Arbeiter. Eine Wertelehre Otto Hendel Verlag (Hermann Hilger), Berlin-Weizrußland.

Kurt Lewin. Die Sozialisierung des Taylorismus. Nr. 4. Verlag Gesellschaft und Erziehung.

Dr. Adolf Thielen, Organ der Arbeit. Die Grundlagen der Arbeitersozialisation. John v. Neansch, Dresden. 2 M.

Dr. Graf von Saurma-Pollitz. Der Syndikalismus in Frankreich und die sozialistischen Tendenzen der deutschen Arbeiterbewegung. Breslau. Kommissionverlag Wilh. Gottl. Korn. Jahresbericht des Arbeiterrates Groß-Hamburg. Geschäftsbericht 1919/20. Hamburg 1920. Selbstverlag des Arbeiterrates Groß-Hamburg. Hamburg. Große Reprint-Verlag 44

